

Niederschrift



Sitzung des **Rates** der Stadt Bornheim am Donnerstag, **13.07.2017**, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	50/2017
Rat Nr.	5/2017

Anwesende

Bürgermeister

Henseler, Wolfgang SPD

Mitglieder

Aharchi, Loubna	SPD-Fraktion
Bandel, Helga	CDU-Fraktion
Engels, Hans-Günther	CDU-Fraktion
Feldenkirchen, Else	UWG/Forum-Fraktion
Feldenkirchen, Hans Gerd	UWG/Forum-Fraktion
Freynick, Jörn	FDP-Fraktion
Gesell, Andrea	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Großmann, Stefan	CDU-Fraktion
Hanft, Wilfried	SPD-Fraktion
Hayer, Sebastian	CDU-Fraktion
Heller, Petra	CDU-Fraktion
Heßling, Günter	CDU-Fraktion
Hochgartz, Markus	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Jaritz, Karin	SPD-Fraktion
Kabon, Matthias	FDP-Fraktion
Keils, Ewald	CDU-Fraktion
Kleinekathöfer, Ute	SPD-Fraktion
Koch, Christian	FDP-Fraktion
Koch, Maria - Charlotte	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Kretschmer, Gabriele	CDU-Fraktion
Krüger, Frank W.	SPD-Fraktion
Krüger, Ute	SPD-Fraktion
Kuhn, Arnd Jürgen Dr.	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Lamprichs, Holger	CDU-Fraktion
Lehmann, Michael	Fraktion-DIE LINKE
Marx, Bernd	CDU-Fraktion
Montenarh, Stefan	UWG/Forum-Fraktion
Müller, Heinz	UWG/Forum-Fraktion
Müller, Marc	CDU-Fraktion
Oster, Thomas	CDU-Fraktion
Prinz, Rüdiger	CDU-Fraktion
Quadt-Herte, Manfred	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Roitzheim, Frank	SPD-Fraktion
Schmitz, Heinz Joachim	SPD-Fraktion
Schulz, Heinz-Peter	Fraktion-DIE LINKE
Schwarz, Wolfgang	CDU-Fraktion
Söllheim, Michael	CDU-Fraktion
Stadler, Harald	SPD-Fraktion

Strauff, Bernhard	CDU-Fraktion
Tourné, Peter Dr.	SPD-Fraktion
Velten, Konrad	CDU-Fraktion
Voigt, Philipp	SPD-Fraktion
Wehrend, Lutz	CDU-Fraktion
Westphal, Ewald	SPD-Fraktion
Wingenbach, Matthias	CDU-Fraktion
Züge, Rainer	SPD-Fraktion

Verwaltungsvertreter

Brandt, Joachim
Cugaly, Ralf
Paulus, Wolfgang Dr.
Schier, Manfred Erster Beigeordneter
Schumann, Rainer
von Bülow, Alice Beigeordnete

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Breuer, Paul	fraktionslos
Weiler, Jürgen	Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitgliedes	516/2017-1
3	Antrag der FDP-Fraktion vom 13.07.2017 zur Durchführung einer aktuellen Stunde betr. Keine Geheimdebatte: Alle Fraktionen müssen zu den Parkgebühren Farbe bekennen	535/2017-1
4	Einwohnerfragestunde	
5	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 11/2017 vom 16.02.2017 und 30/2017 vom 18.05.2017	
6	3. Änderung des Bebauungsplanes Sechtem Nr. 7 (Ortsteil Rösberg), Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit	355/2017-7
7	11. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Hersel; Grundsatzbeschluss	450/2017-7
8	12. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Roisdorf; Aufstellungsbeschluss	452/2017-7
9	Bebauungsplan Ro 17 in der Ortschaft Roisdorf; Gerichtsurteil Normenkontrolle; Einleitung des neuen Verfahrens	407/2017-7
10	Feststellung des Jahresabschlusses des Wasserwerkes der Stadt Bornheim für das Wirtschaftsjahr 2016 und Verwendung des Jahresgewinns	377/2017-2
11	Feuerwehrgerätehaus Bornheim - Standortanalyse	416/2017-3
12	Beitritt zur d-NRW AöR	431/2017-11
13	1. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzungen betr. Flüchtlingsunterkünfte / Obdachlosenunterkünfte	489/2017-5
14	Ergänzungswahlen zu Ausschüssen	480/2017-1
15	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.05.2017 betr. Umstellung der Wasserversorgung bis	401/2017-1

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Ende 2017	
16	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.05.2017 betr. Umstellung der Wasserversorgung ab 01.01.2020	402/2017-1
17	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2017 betr. Einrichten eines Arbeitskreises Digitalisierung	478/2017-11
18	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2017 betr. Prüfung interkommunale Zusammenarbeit bei Bauhöfen mit Alfter	479/2017-1
19	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2017 betr. Durchführung der Bürgerwerkstatt zum Roisdorfer Bahnhof bis spätestens Ende September	477/2017-7
20	Mitteilung über den Sachstand Mitfahren.Bornheim	433/2017-11
21	Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2017 betr. NRW-Portal zur Interkommunalen Zusammenarbeit	475/2017-11
22	Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.05.2017 betr. Kompromiss zur Wasserversorgung in der Stadt Bornheim	419/2017-1
23	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	483/2017-1
24	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Antrag der UWG/Forum-Fraktion, die Tagesordnungspunkte 15 und 16 von der Tagesordnung abzusetzen wird mit einem Stimmenverhältnis von
06 Stimmen für den Antrag (UWG, LINKE)
40 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD tw., B90/Grüne, FDP, BM)
01 Stimmenthaltung (SPD tw.)
abgelehnt.

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters,

1. die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte
 - 2 „Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes“, Vorlage-Nr. 516/2017-1,
 - 3 „Antrag der FDP-Fraktion vom 13.07.2017 zur Durchführung einer aktuellen Stunde betr. Keine Geheimdebatte: Alle Fraktionen müssen zu den Parkgebühren Farbe bekennen, Vorlage-Nr. 535/2017-1,
 - 27 „Vergabe des Auftrages für Malerarbeiten zum Neubau des Übergangswohnheimes Ackerweg“, Vorlage-Nr. 519/2017-1,
- zu erweitern und
- den neuen Tagesordnungspunkt 2 nach Tagesordnungspunkt 1, den neuen Tagesordnungspunkt 3 nach Tagesordnungspunkt 2 und den neuen Tagesordnungspunkt 27 nach 26 Tagesordnungspunkt zu behandeln,

2. die Tagesordnungspunkte 13 und 20 zusammen zu behandeln.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Durch diese Änderung der Tagesordnung werden die bisherigen

TOP 2 - 28 zu neuen TOP 4 - 31.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:

TOP 1-12, 14-20, 13, 21-24.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitgliedes	516/2017-1
Der Bürgermeister führt das neue Ratsmitglied, Herrn Ewald Westphal, Sechtem, gem. § 67 Abs. 3 GO NRW in sein Mandat ein und verpflichtet ihn in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.		

3	Antrag der FDP-Fraktion vom 13.07.2017 zur Durchführung einer aktuellen Stunde betr. Keine Geheimdebatte: Alle Fraktionen müssen zu den Parkgebühren Frabe bekennen	535/2017-1
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Angelegenheit zu weiteren Bearbeitung an den Bürgermeister zu verweisen.

- Einstimmig -

4	Einwohnerfragestunde	
Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.		

5	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 11/2017 vom 16.02.2017 und 30/2017 vom 18.05.2017	
----------	---	--

Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 11/2017 vom 16.02.2017 und Nr. 30/2017 vom 18.05.2017 keine Einwände.

6	3. Änderung des Bebauungsplanes Sechtem Nr. 7 (Ortsteil Rösberg), Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit	355/2017-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB in Verbindung mit § 13 a BauGB die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Sechtem Nr. 7 (Ortsteil Rösberg). Das Plangebiet liegt südwestlich einer Stichstraße, die von der Schwarzwaldstraße Richtung Nordosten führt und umfasst das Flurstück 620, Flur 15, Gemarkung Rösberg. Die Bebauungsplanänderung wird gemäß § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

2. beschließt gemäß § 13a Abs. 3 BauGB auf die Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu verzichten und stattdessen bei der Bekanntmachung der Aufstellung darauf hinzuweisen, dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer Frist von vier Wochen im Rathaus, Abteilung 7.1 Stadtplanung, über die Allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann.

- Einstimmig -

7	11. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Hersel; Grundsatzbeschluss	450/2017-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat

1. beauftragt die Verwaltung, im Bereich des Knotenpunktes Mittelweg/Roisdorfer Straße Planunterlagen zur 11. Änderung des Flächennutzungsplans vorzubereiten und eine Anfrage bei der Bezirksregierung bezüglich der Änderung der Flächennutzung zu veranlassen. Ziel der Flächennutzungsplanänderung ist die Vorhaltung der Flächen für eine gewerbliche Entwicklung,
2. beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob neben den zu 1. benannten Flächen auch die gegenüberliegenden Freiflächen entlang des Mittelweges/Ecke Roisdorfer Str. (Flurstücke 453, 454 und Parzelle hinter dem Telekom-Gebäude/Station) –siehe Anlagen zur obigen Vorlage- sinnvollerweise in die Erweiterung des Flächennutzungsplanes einbezogen werden können.

- Einstimmig -

bei 5 Stimmenthaltungen (B90/Grüne)

8	12. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Roisdorf; Aufstellungsbeschluss	452/2017-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB die Aufstellung der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes. Das Plangebiet liegt in der Ortschaft Roisdorf zwischen Bonner Straße, Widdiger Weg, Bahntrasse der Deutschen Bahn und Siegburger Str. / Schumacherstraße.

Abstimmungsergebnis

43 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, LINKE, BM)

03 Stimmen gegen den Beschluss (FDP)

(ohne Mitwirkung des RM Kretschmer gem. § 31 GO)

9	Bebauungsplan Ro 17 in der Ortschaft Roisdorf; Gerichtsurteil Normenkontrolle; Einleitung des neuen Verfahrens	407/2017-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat

1. nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 04.04.2017 zum Bebauungsplan Ro 17 zur Kenntnis.

2. beschließt, gemäß § 2 BauGB das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Ro 17 in der Ortschaft Bornheim erneut einzuleiten. Das Plangebiet liegt zwischen Bonner Straße, Widdiger Weg, Bahntrasse der Deutschen Bahn und Siegburger Str. / Schumacherstraße.

Abstimmungsergebnis

- 43 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, LINKE, BM)
 03 Stimmen gegen den Beschluss (FDP)
 (ohne Mitwirkung des RM Kretschmer gem. § 31 GO)

10	Feststellung des Jahresabschlusses des Wasserwerkes der Stadt Bornheim für das Wirtschaftsjahr 2016 und Verwendung des Jahresgewinns	377/2017-2
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat

1. stellt den geprüften Jahresabschluss des Wasserwerks der Stadt Bornheim zum 31.12.2016 gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW (EigVO NRW) fest,
2. nimmt den Lagebericht 2016 zur Kenntnis,
3. beschließt, den festgestellten Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres 2016 in Höhe von 341.737,94 Euro an die Stadt abzuführen und
4. erteilt dem Betriebsausschuss gemäß § 4 EigVO NRW die Entlastung.

Die Beschlüsse erfolgen vorbehaltlich des Prüfungsvermerks durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen.

Abstimmungsergebnis

- 43 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, LINKE, BM)
 04 Stimmen gegen den Beschluss (UWG)

11	Feuerwehrgerätehaus Bornheim - Standortanalyse	416/2017-3
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ergebnisse der Standortanalyse für das Feuerwehrgerätehaus Bornheim zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage die Planungen für einen Neubau des Feuerwehrgerätehauses fortzusetzen. Die Feuerwehrgerätehäuser Dersdorf und Brenig sollen für die Feuerwehrarbeit vor Ort erhalten bleiben.

- Einstimmig -

12	Beitritt zur d-NRW AöR	431/2017-11
-----------	-------------------------------	--------------------

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bornheim beschließt, der d-NRW AöR beizutreten und eine einmalige Stammkapitaleinlage in Höhe von 1.000 € zu zeichnen.

Abstimmungsergebnis

- 45 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, BM)
 02 Stimmen gegen den Beschluss (LINKE)

13	1. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzungen betr. Flüchtlingsunterkünfte / Obdachlosenunterkünfte	489/2017-5
----	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende

1. Satzung vom zur Änderung der Satzung der Stadt Bornheim über die Unterhaltung und Benutzung städtischer Unterkünfte für Obdachlose, Aussiedler, Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge (Unterkunftssatzung) vom 23.02.2017

Der Rat der Stadt Bornheim hat in seiner Sitzung am 13.07.2017 aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.S.666 / SGV.NW. 2023) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV.NRW.S.966) und der §§ 2, 4 und 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV.NRW.S.712) zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.09.2015 (GV.NRW. S.666), folgende 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bornheim über die Unterhaltung und Benutzung städtischer Unterkünfte für Obdachlose, Aussiedler, Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge (Unterkunftssatzung) vom 23.02.2017 beschlossen:

Artikel I

Die Satzung der Stadt Bornheim über die Unterhaltung und Benutzung städtischer Unterkünfte für Obdachlose, Aussiedler, Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge (Unterkunftssatzung) vom 23.02.2017 wird wie folgt geändert:

In der Anlage zur Satzung der Stadt Bornheim über die Unterhaltung und Benutzung städtischer Unterkünfte für Obdachlose, Aussiedler, Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge (Unterkunftssatzung) wird unter **Gebührentarif** die Grundgebühr wie folgt festgesetzt:

„Grundgebühr: 18,83 € pro m² / Monat“

Artikel II

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

- Einstimmig -

14	Ergänzungswahlen zu Ausschüssen	480/2017-1
----	--	-------------------

Beschluss:

Die Ratsmitglieder

1. wählen aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages
 - 1.1 in den **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel**
zum stv. Mitglied SKB **Alexander Kreckel**, Kardorf, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion
 - 1.2 in den **Betriebsausschuss**
zum stv. Mitglied SKB **Alexander Kreckel**, Kardorf, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion
 - 1.3 in den **Ausschuss für Stadtentwicklung**
zum stv. Mitglied SKB **Alexander Kreckel**, Kardorf, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion

- 1.4 in den **Sport- und Kulturausschuss**
zum stv. Mitglied SKB **Alexander Kreckel**, Kardorf, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion
- 1.5 in den **Fachausschuss Volkshochschule**
zum stv. Mitglied SKB **Alexander Kreckel**, Kardorf, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion
- 1.6 in den **Ausschuss für Bürgerangelegenheiten**
zum stv. Mitglied SKB **Alexander Kreckel**, Kardorf, Roisdorf, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion
- 1.7 in den **Umweltausschuss**
zum stv. Mitglied SKB **Alexander Kreckel**, Kardorf, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion
- 1.8 in den **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel** zum stv. Mitglied SKB **Katharina Blank**, Roisdorf, Fraktion - Die Linke, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der Fraktion - Die Linke
- 1.9 in den **Sport- und Kulturausschuss**
zum Mitglied RM **Ewald Westphal**, Sechtem, SPD-Fraktion, anstelle des als Mitglied ausgeschiedenen RM Jann Günther.

Der Rat

- 2. beschließt,
- 2.1 im **Ausschuss für Stadtentwicklung** die Anzahl der Ratsmitglieder von bisher 17 RM auf 16 RM zu vermindern und die Anzahl der sachkundigen Bürger/innen von bisher 6 SKB auf 7 SKB zu erhöhen,
- 2.2 im **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel** die Anzahl der Ratsmitglieder von bisher 12 RM auf 13 RM zu erhöhen und die Anzahl der sachkundigen Bürger/innen von bisher 11 SKB auf 10 SKB zu vermindern.

Die Ratsmitglieder

- 3. wählen aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages
- 3.1 in den **Ausschuss für Stadtentwicklung**
 - 3.1.1 zum Mitglied SKB **Siyamak Paveh**, Kardorf, SPD-Fraktion, anstelle des als Mitglied ausgeschiedenen RM Jann Günther,
 - 3.1.2 zum stv. Mitglied SKB **Tina Gordon**, Widdig, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,
 - 3.1.3 zum stv. Mitglied SKB **Walter Droste-Hillebrand**, Hemmerich, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,
 - 3.1.4 zum stv. Mitglied RM **Ewald Westphal**, Sechtem, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,
- 3.2 in den **Haupt- und Finanzausschuss**

zum stv. Mitglied RM **Ewald Westphal**, Sechtem, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,

3.3 in den **Umweltausschuss**

zum stv. Mitglied RM **Ewald Westphal**, Sechtem, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,

3.4 in den **Ausschuss für Bürgerangelegenheiten**

zum stv. Mitglied RM **Ewald Westphal**, Sechtem, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,

3.5 in den **Betriebsausschuss**

zum stv. Mitglied RM **Ewald Westphal**, Sechtem, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,

3.6 in den **Rechnungsprüfungsausschuss**

zum stv. Mitglied RM **Ewald Westphal**, Sechtem, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,

3.7 in den **Fachausschuss Volkshochschule**

zum stv. Mitglied RM **Ewald Westphal**, Sechtem, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,

3.8 in den **Wahlprüfungsausschuss**

zum stv. Mitglied RM **Ewald Westphal**, Sechtem, SPD-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der SPD- Fraktion,

4. nehmen zur Kenntnis, dass das RM Ewald Westphal durch seine Verpflichtung zum Ratsmitglied zukünftig als RM, anstatt als SKB im Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel anwesend sein wird.

- Einstimmig -

15	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.05.2017 betr. Umstellung der Wasserversorgung bis Ende 2017	401/2017-1
----	--	-------------------

Der Geschäftsordnungsantrag des AM Stadler,

1. der Rat vertagt zum jetzigen Zeitpunkt die beiden Anträge auf Änderung der Trinkwasserbezugsmenge und beschließt in einer weiteren Gesprächsrunde, unter Einbeziehung von Vertretern der Stadt Wesseling, des Verbandsvorsitzenden des Wasserbeschaffungsverbandes Wesseling-Hersel (WBV), Vertretern aller Fraktionen des Bornheimer Stadtrates und des Bürgermeisters, nach einer für alle WBV-Verbandsmitglieder tragbaren Lösung zu suchen,
2. der Rat verweist das Beratungsergebnis dieses Sondierungsgespräches/Verhandlung in eine Sondersitzung des Betriebsausschusses. Nach den Sommerferien 2017 wird über das Ergebnis dieser Gespräche im Betriebsausschuss beraten und über eine Empfehlung des Fachausschusses an den Stadtrat entschieden,

wird mit einem Stimmenverhältnis von

05 Stimme für den Antrag (SPD tw., UWG tw., LINKE)

42 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD tw., B90/Grüne, UWG tw., FDP, BM)
abgelehnt.

Über den Antrag der Fraktion Die LINKE (wie Beschlussentwurf mit 30% WTV, 70% WBV und Wegfall des ersten Spiegelstriches), wurde nach Abstimmung über den Beschlussentwurf nicht mehr abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt vor dem Hintergrund des Ergebnisses des Bürgerentscheids zur zukünftigen Trinkwasserversorgung in Bornheim, die Wasserversorgung bis Ende 2017 auf einen Bezug von 60% Wasser vom Wasserbeschaffungsverband Wesseling Hersel (WBV) und 40% vom Wahnachtalsperrenverband (WTV) umzustellen und beauftragt die Betriebsführerin des Wasserwerks

- zur Vermeidung korrosionschemischer Probleme, die Änderung des Mischungsverhältnisses sukzessive vorzunehmen und durch das IWW begleiten zu lassen und
- die entstehenden Mehrkosten durch eine entsprechende Anhebung der Trinkwassergebühr aufzufangen.

Abstimmungsergebnis

- | | |
|--------------------------------|---------------------------|
| 36 Stimmen für den Beschluss | (CDU, SPD tw., B90/Grüne) |
| 08 Stimmen gegen den Beschluss | (FDP, UWG, SPD tw.) |
| 03 Stimmenthaltungen | (LINKE, BM) |

RM Stadler erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, dass er gegen den Antrag der CDU/SPD/Grüne gestimmt habe, weil er im wohlverstandenen Interesse der Stadt und seiner Bürger die Einleitung von wirklichen Konsensgesprächen/Verhandlungen mit unseren Partnern im WBV als eine vordringlichere Aufgabe halte, als heute mit Mehrheit einen Beschluss durch zu drücken, der uns in einigen Monaten voraussichtlich auf die Füße fallen wird.

16	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.05.2017 betr. Umstellung der Wasserversorgung ab 01.01.2020	402/2017-1
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt unter dem Vorbehalt der Umsetzung des Beschlusses zur „Umstellung der Wasserversorgung bis Ende 2017“, den Anteil des vom Wahnachtalsperrenverband (WTV) bezogenen Trinkwassers zum 1. Januar 2020 nochmals um 10%, d.h. auf 50% zu erhöhen und beauftragt die Betriebsführerin des Wasserwerks

- zur Vermeidung korrosionschemischer Probleme, die Änderung des Mischungsverhältnisses sukzessive vorzunehmen und durch das IWW begleiten zu lassen und
- die ab 1. Januar 2020 hierdurch entstehenden Mehrkosten durch eine entsprechende Anhebung der Trinkwassergebühr aufzufangen.

Abstimmungsergebnis

- | | |
|--------------------------------|------------------------|
| 24 Stimmen für den Beschluss | (CDU, B90/Grüne) |
| 22 Stimmen gegen den Beschluss | (SPD, FDP, UWG, LINKE) |
| 01 Stimmenthaltung | (BM) |

17	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2017 betr. Einrichten eines Arbeitskreises Digitalisierung	478/2017-11
-----------	---	--------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt die Einrichtung eines Arbeitskreises Digitalisierung mit jeweils zwei Mitgliedern jeder Fraktion.

Abstimmungsergebnis

- | | | |
|----|-----------------------------|-----------------------|
| 21 | Stimmen für den Beschluss | (SPD, B90/Grüne, FDP) |
| 04 | Stimmen gegen den Beschluss | (UWG) |
| 22 | Stimmenthaltungen | (CDU, LINKE, BM) |

18	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2017 betr. Prüfung interkommunale Zusammenarbeit bei Bauhöfen mit Alfter	479/2017-1
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Antrag an den Verwaltungsrat des Stadtbetriebs Bornheim zur Beratung in eigener Zuständigkeit zu verweisen.

- Einstimmig -

19	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2017 betr. Durchführung der Bürgerwerkstatt zum Roisdorfer Bahnhof bis spätestens Ende September	477/2017-7
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Antrag aller Fraktionen,

1. dass jede Fraktion die Möglichkeit erhält, von Anfang an bei den der Bürgerwerkstatt vorgelagerten Abstimmungsgesprächen und einer der Bürgerwerkstatt vorgelagerten fachlichen Arbeitsgruppe mit maximal 2 Personen, teilzunehmen,
2. die von Studenten der Alanus Hochschule im Jahr 2015 erarbeiteten Semesterarbeiten zur Neugestaltung des Roisdorfer Bahnhofes und seines Umfeldes, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und Verfügbarkeit dieser Planungen, bei der Auftragsdurchführung von Anfang an, mit einzubeziehen,
3. die bereits in den Jahren 2001 und 2002 von den ArGe Büder und Menzel Brühl/Köln erarbeitete und in den politischen Gremien des Rates vorgestellte Rahmenplanung zur Neugestaltung des Bahnhofes Roisdorf und seines Umfeldes sowie eventuell vorhandene und dokumentierte weitere Planungsüberlegungen, sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und Verfügbarkeit dieser Planungen, bei der Auftragsdurchführung von Anfang an, mit einzubeziehen,
4. das Treffen der Fachgruppe in zwei Termine aufzuteilen. Der erste Termin dient zur Vorbereitung des Inputs für die Bürgerwerkstatt und soll im September 2017 stattfinden. Der zweite Termin soll nach Abschluss der Bürgerwerkstatt zur Nachbereitung und Einarbeitung der Ergebnisse in einen Maßnahmenkatalog stattfinden,
5. als einen Baustein des noch zu definierenden Maßnahmen-Katalogs,

eine Online-Plattform zur Bürgerbeteiligung aufzunehmen.

- Einstimmig -

20	Mitteilung über den Sachstand Mitfahren.Bornheim	433/2017-11
-----------	---	--------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

RM Frau Koch

Kann von der Fortführung des Angebots abgesehen werden, da es zur Zeit für nicht zielführend gehalten wird?

Antwort:

Der Bürgermeister ist da anderer Auffassung. Was zukünftig auf die Region zukommt, wird die Akzeptanz ein Stück erhöhen können. Es ist eine der Möglichkeiten, um hier intensiv die Zahl der bekannten Strecken fahrenden Fahrzeuge zu reduzieren. Es wird dafür geworben, dass es mehr Beteiligte gibt. Bei mehr Beteiligung wird das Thema interessanter.

RM Gesell

Ist es möglich nach der Sommerpause Analytikzahlen vorzulegen und über wo und wie das Cross Portal beworben wird?

Antwort:

Dies wird berichtet.

RM Hanft

Besteht die Möglichkeit, dies in Zukunft etwas aktualisierter und ausführlicher zu gestalten, in dem man auf die stattfindenden Baumaßnahmen hinweist?

Antwort:

Im Portal selber gibt es keine Gelegenheit darauf hinzuweisen.

RM Heller betr. Beibehaltung des Portals, Überlegungen Benefit für mehr Leute im Auto
Könnte dies bei Gesprächen eingebracht werden?

Antwort:

Dies können alle mit ihren Fachleuten auf Bundesebene diskutieren.

RM Dr. Kuhn

Könnte man es verbessern und besser bewerben?

Antwort:

Es gibt eine Menge an Aspekten, wo man etwas verbessern kann.

Wichtig ist, dass die Vielfalt der Möglichkeiten, den Verkehr auf den Strecken zu reduzieren und die Inanspruchnahme von Alternativen zu nutzen, unterstützt wird.

21	Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2017 betr. NRW-Portal zur Interkommunalen Zusammenarbeit	475/2017-11
-----------	--	--------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfrage RM Dr. Kuhn betr. passive Nutzung des Portals

Kann dies nochmals überdacht werden und auch aktiv Portale genutzt werden?

Antwort:

Dies wird bereits getan, so wie es mit dem knappen Personalbestand möglich ist.

1 Priorität sind die Aufgaben, die die Stadt in Bezug auf ihre Bürger hat. Bei neuen Aufgaben wird geschaut, wie andere Kommunen dies effizient und effektiv erledigen.

Man befindet sich im regelmäßigen Austausch mit anderen Kommunen und es findet eine interkommunale Abstimmung und Zusammenarbeit statt.

22	Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 29.05.2017 betr. Kompromiss zur Wasserversorgung in der Stadt Bornheim	419/2017-1
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

23	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	483/2017-1
-----------	---	-------------------

Mündliche Mitteilung von Frau von Bülow

Die Bezirksregierung Arnsberg hat informiert, dass 100 Flüchtlinge in den kommenden Wochen zugewiesen werden.

Die ersten sind diese Woche angekommen und für die nächste Woche sind ebenfalls Flüchtlinge angemeldet.

Die Bezirksregierung wird erst 5 Tage vor dem Zuweisungstag die Personalien der Flüchtlinge mitteilen.

Die Verwaltung bemüht sich, so passgenau wie möglich die Unterbringung zu organisieren.

Das heißt, es soll nach Möglichkeit auf die Situation der Unterkünfte, Ortschaften, Kapazitäten des ehrenamtlichen Engagements und insb. Schulplätze Rücksicht genommen werden.

Für die ersten beiden Wochen ist dies gut gelungen.

Die eine Seite der großen Containeranlage in Hersel, Allerstraße soll in Betrieb genommen werden und der andere Teil soll zur Kindergartengründung zur Verfügung stehen.

Die Containeranlage in Hemmerich, Jennerstraße wird ebenfalls mit Augenmaß belegt, vorrangig mit Familien. Die Schulkapazitäten der Rösberger Schule sollen mit genutzt werden.

Dies erfolgt in enger Absprache mit dem Ehrenamt und den Ortsvorstehern.

-Kenntnis genommen-

Zusatzfragen

RM Züge betr. entspannte Wohnungssituation in Alfter

In wie weit ist es bei der Wohnsitzauflage möglich, innerhalb des gleichen Kreises in eine unmittelbar benachbarte Stadt zu ziehen?

Antwort:

Eine Ausnahme von der Wohnsitzauflage kann nur gemacht werden, wenn ein Arbeitsverhältnis nachgewiesen werden kann.

RM Quadt-Herte

Gehe ich recht in der Annahme, dass wenn es die Mitarbeit des Ehrenamtes nicht gebe, die Stadt höhere Aufwendungen hätte?

Antwort:

Das es so friedlich ist, trotz der Belegungsdichte in den Unterkünften und das so viele in private Mietverhältnisse vermittelt worden sind, all die Initiativen des Ehrenamts entlasten die Gesellschaft und die Stadt auf Dauer. Ein großer Dank gilt dem Ehrenamt.

Es würden weder mehr Sozialarbeiter, Hausmeister etc. eingesetzt, wenn das Ehrenamt nicht wäre. Dann wären wahrscheinlich mehr Konflikte zu regeln und es wären noch mehr Menschen in städtischen Unterkünften untergebracht, anstatt in privatem Wohnraum.

RM Hanft betr. zukünftig Anträge sofort beim Jobcenter zu bearbeiten, keine Versorgungslücke zwischen Asylbewerberleistungen und Leistungen vom Jobcenter

Gibt es schon Erfahrungen oder wird diese Regel erst eingeführt?

Antwort:

In der Dienstbesprechung der Bürgermeister mit dem Landrat wurde über dieses Thema sehr intensiv gesprochen und es scheint so zu funktionieren. Bisher gab es keine negativen Rückmeldungen.

RM Dr. Kuhn

1. Wie viele Personen sind in privaten Unterkünften untergekommen und wie viele leben noch in städtischen Unterkünften?

Antwort:

Wir haben ca 715 Flüchtlinge, wovon knapp die Hälfte in privatem Wohnraum leben.

2. Wie wird mit den geduldeten Flüchtlingen in NRW verfahren?

Antwort:

Die geduldeten Flüchtlinge werden nicht refinanziert und kommen auch nicht bei der Anrechnung der Quote zum Zuge, obwohl sie hier wohnen und von hier betreut werden.

Es wurde sich unter den Bürgermeistern/innen abgestimmt, dieses Thema aufzugreifen und nochmals in einem Brief an den Spitzenverband und an die Ansprechpartner auf der Landesebene auf die Problematik hinzuweisen.

Im nächsten ASS wird nochmals über die aktuellen Zahlen berichtet.

Zur Zeit haben wir ca. 90 geduldete Flüchtlinge.

3. Ist es richtig, dass bis Ende letzten Jahres das Land noch die Kosten übernommen hat?

Antwort:

Das Land hat bis zu 6 Monaten die Kosten übernommen. Im neuen Koalitionsvertrag gibt es Gedanken, die Finanzierung zu verlängern.

RM Kretschmer Erfüllungsquote liegt lt. Bezirksregierung bei 70%

1. Ist nach der Aufnahme der jetzt angekündigten 100 Flüchtlinge mit weiteren zu rechnen?

Antwort:

Jetzt kommen wir annähernd an 100%. Im letzten Sommer waren die letzten Zuweisungen und man geht davon aus, dass nach der jetzigen Zuweisung längere Zeit keine Zuweisungen mehr erfolgen.

2. Warum stehen in der Liste bei FlÜAG Bestand Mai 2017 280 Flüchtlinge, obwohl wir andere Zahlen genannt bekommen?

Antwort:

Die Zahlen variieren ständig. Die 280 Flüchtlinge sind die Flüchtlinge, die sich im laufenden Verfahren befinden. Die anerkannten Flüchtlinge wechseln in die Zuständigkeit des Jobcenters und gelten nicht mehr formell als Flüchtling im Sinne der Zuweisungsquote und deswegen werden diese nicht mehr bei dem FlÜAG Bestand berücksichtigt. Dies gilt auch für die Geduldeten.

In den städtischen Einrichtungen leben auch Anerkannte, die auf dem Wohnungsmarkt keine Wohnungen gefunden haben. Es laufen Maßnahmen, die Flüchtlingen zu qualifizieren, um auf dem Arbeitsmarkt Jobs zu finden.

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Keine.

24	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

RM Heller betr. Abrechnungsprobleme mit dem Jobcenter

Ist Bornheim betroffen?

Antwort:

Bisher gibt es keine Probleme.

RM Ute Krüger betr. Internet in der Coloniastraße

Wie ist der aktuelle Sachstand?

Antwort:

Im nächsten Haupt- und Finanzausschuss wird eine Mitteilung erfolgen.

Der Rhein-Sieg-Kreis hat die Fördermittel erhalten. Die Vergabe läuft und bis Ende 2018 sollen die Maßnahmen umgesetzt werden. Da es sich bei der Coloniastraße um einen einzigen Kabelverzweiger handelt, geht die Stadt davon aus, dass dies nicht erst Ende 2018 erfolgt.

RM Prinz betr. Loch in der Allerstraße; 2004 durch den Boden gepresste Abwasserleitung im Gewerbegebiet Süd

Steht die Abwasserleitung im räumlichen Zusammenhang mit dem Loch in der Allerstraße?

Antwort:

Der Stadtbetrieb klärt derzeit den Schaden ab. Löcher können durch unterirdische Abflusssituationen entstehen.

Der große Abwassersammler, der durch das Gebiet gepresst wurde, dürfte nicht der Auslöser sein. Der Stadtbetrieb wird gebeten, im nächsten Verwaltungsrat darüber zu berichten.

RM Hochgartz

Gibt es einen neuen Sachstand bezüglich der Nutzungserlaubnis des Schulwaldes in Waldorf für die Schule und den Kindergarten?

Antwort:

Der Termin mit der Unteren Landschaftsbehörde hat stattgefunden. Die Stadt Bornheim soll den Befreiungsantrag mit der Schule formulieren. Über diesen Antrag muss noch formell entschieden werden.

Die Schule darf nach bestimmten Vorgaben, die der Kreis dann macht, ihr Schulprojekt weiterführen.

RM Keils betr. Jugendgemeinschaftsräume Dersdorf

Wie ist der Sachstand und welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Fertigstellung in der 2. Jahreshälfte 2017 zu realisieren?

Antwort:

Bis auf den Innenputz sind alle Gewerke ausgeschrieben. Bis Ende des Jahres 2017 sollte es zu einem Abschluss der Bauarbeiten kommen. Sobald die Aufträge vergeben sind, wird erneut berichtet.

RM Engels

Wie ist der Sachstand über das Öffnen der Schulstraße/Offenbachstraße?

Antwort:

Der Anhörungstermin sollte vor dem 31.07.2017 stattfinden und der Ortsvorsteher wird als Beteiligter des Verfahrens entsprechend informiert.

(Anmerkung: Der Anhörungstermin kann nach Abstimmung mit allen Beteiligten erst im Oktober 2017 stattfinden.)

Ende der Sitzung: 20:28 Uhr

gez. Wolfgang Henseler
Bürgermeister

gez. Petra Altaner
Schriftführung